

Ecken und Kanten trotz Unsicherheit und Ambivalenz

*Vortrag an den 25. Bad Ragazer Verwaltungsratstagen am
27. November 2021 um 11.45 Uhr in Bad Ragaz*

A. Einleitung

Mein heutiger Einstieg nimmt die Charakterisierung meines Vortrags durch einen humoristischen Zeitgenossen als Wort zum Sonntag auf. «Seit die Menschen nicht mehr an Gott glauben, glauben sie nicht etwa an nichts, sondern an alles». Das Zitat von Gilbert Keith Chesterton, dem «Erfinder» des Pater Brown, passt vor allem zum unendlichen Gezerre um die Pandemie und den richtigen Umgang mit ihr. Es charakterisiert aber generell eine Welt, in der die meisten Menschen in Blasen leben und sich in der Myside-Verzerrung, wie das Steven Pinker nennt, verheddern, in der mit Argumenten gestützte Debatten in unversöhnlichen Streit abgleiten und viele Gewissheiten, angenehme und unangenehme, zu schwinden scheinen. Ich bin ein unverbesserlicher Optimist, aber das soll mich nicht hindern, heute jene Unsicherheit zu thematisieren, die unsere Zeit charakterisiert. Wir leben in einer Periode fast einzigartiger Ungewissheit.

Das ist keine Geschichtsvergessenheit. Überraschungen gab es immer, allein in den letzten beiden Jahrzehnten die Finanzkrise, den arabischen Frühling, den Unfall von Fukushima, den Brexit, die Wahl von Donald Trump oder zuletzt die Covid-19-Pandemie. In längerer Perspektive sind im 20. Jahrhundert zahlreiche Krisen zu nennen, etwa die Weltwirtschaftskrise, die Spanische Grippe, zwei Weltkriege, der Kalte Krieg mit seinen Stellvertreter-Kriegen wie Korea und Vietnam, sowie viele brenzlige Situationen wie die Kuba-Krise. Doch während Krisen und Kriege konkrete Furcht weckten, herrscht nun

ein Klima diffuser Angst, Verunsicherung und Orientierungslosigkeit. Aus intellektueller Sicht tönt das nicht schlimm, denn zu ihr gehören Skepsis, Zweifel und Freude an der Dialektik. Aber die Welt gestalten wird schwierig, wenn man nicht weiss, wo man steht. Der Zustand, den ich meine, ist nicht einer von Dilemmatas, von Gegensätzen, zwischen denen man zerrieben wird, sondern einer der Ambivalenz, von sich widersprechenden Gedanken und Gefühlen, von inneren Spannungen. Man schwirrt hin und her und verliert den Kompass.

Wie so oft, wen wundert's, ist auch hier die NZZ Wegweiser und Fanal. Sie, die immer wusste, wo Gott hockt, was Sache ist und wie Remedur zu schaffen wäre, scheut sich vor einer klaren Position. Ich bin der NZZ seit über vierzig Jahren verbunden. Nie hat die Redaktion der werktäglichen NZZ in dieser Zeit keine Abstimmungsempfehlung ausgegeben. Sie hat abgewogen, und am Schluss auch dort, wo sich Für und Wider einer Vorlage fast die Waage hielten, Ja oder Nein gesagt, weil man nur ein Ja oder Nein in die Urne legen kann, wenn man sich nicht durch Enthaltung selbst entmachten will. Nun aber hat die NZZ beim Covid-Gesetz erstmals in ihrer von mir miterlebten Geschichte nicht klar Stellung bezogen. Das Blatt, das Orientierung sein soll und sein will, ist so verunsichert wie die Gesellschaft.

Ich möchte mit Ihnen heute über einige solche Ambivalenzen, wie sie einem in Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft, Wissenschaft oder den Medien immer wieder begegnen, etwas reflektieren. Es sind insgesamt fünf, die ich herausgreife, nämlich

- Rationalität und Emotionalität
- Knappheit und Überfluss
- Dezentralisierung und Zentralisierung
- Basis und Elite
- Prinzipientreue und Anpasstheit

B. Rationalität und Emotionalität

Beginnen wir mit dem Nächstliegenden, dem Wechselspiel von Rationalität und Emotionalität im Umgang mit der Pandemie. Eine deutsche Untersuchung zeigt, dass über ein Drittel der Bevölkerung an Verschwörungstheorien glaubt. Die Studienleiterin meinte dazu: „Diese Menschen können mit Ungewissheit schlecht umgehen, darum sind ihnen Verschwörungstheorien willkommen, weil sie ihnen Kontrolle und Gewissheit zurückgeben“. Dennoch macht man es sich zu leicht, wenn man alle Impfwilligen als rational einstuft, Impfgegner und -skeptiker dagegen als emotional und einfach gestrickt. Auch wenn ich ihre Argumente nicht verstehen kann – es gibt unter den Impfverweigerern viele intelligente und sympathische Leute.

Zum Teil ist die Unsicherheit in Sachen Pandemie objektiv gegeben – wir wissen zu wenig –, sie wird aber auch durch die Kommunikation der Politik, der Wissenschaft und der Medien genährt. Kaum eine politische Aussage, die nicht mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragen wird, um dann Monate oder gar Wochen später widerrufen zu werden. Kaum eine Expertenmeinung, die nicht von einem anderen Experten widersprochen wird. Und die Medien rühren, statt Orientierung zu geben, kräftig in dieser Suppe aus Information, Gegeninformation und Gegen-Gegeninformation mit. Währenddem tanzt uns das Virus auf der Nase herum. Man muss sich schon fragen, ob die Regierungen die Pandemie effektiv bekämpfen oder nicht trotz aller Inszenierung ohne grosse Wirkungen verwalten. Sicherheit schafft man jedenfalls nicht dadurch, dass man Sicherheit vorspielt. Vielmehr müsste man immer wieder klar sagen, auf wie dünnem Eis man sich mit allem, was man tut, bewegt – und dann trotzdem entscheiden und führen. Damit wäre dem Vertrauen mehr gedient. Mit dem ständigen Verbreiten von Angst und Panik, mit dem man die Bevölkerung hinter sich scharen wollte, hat man zur Spaltung beigetragen: die einen sind noch ängstlicher, die anderen glauben die Warnungen nicht mehr – das Los der Cassandra.

Um Emotion und Rationalität geht es auch in den USA und in Grossbritannien. In beiden Fällen muss man von einem Paradox sprechen: Jene, die die Fahne der Rationalität schwenken, waren nicht rational genug, die Emotionen ernst zu nehmen und in ihr Kalkül einzubeziehen, und sie waren zugleich alles andere als rational. Das gilt besonders mit Blick auf Donald Trump, den man wohl noch nicht abschreiben darf. War das fast zum Ritual gewordene Trump-Bashing nicht mehr emotional als rational, galt es nicht fast nur seiner Art, dem Auftritt, dem Mangel an Respekt, Anstand, Stil und Bildung? Und wurde dadurch nicht jede nüchterne Analyse seiner Politik verunmöglicht? Nun zeigt die Amtsführung Joe Bidens, dass Trump in vielen Dingen so falsch nicht lag bzw. dass sein Nachfolger mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen hat. Und was vorher auf vehemente Ablehnung stiess, wird nun sachlicher beurteilt. Ähnliches gilt für den Brexit. Die EU und viele Menschen in der EU begegnen diesem bis heute mit arrogantem Unverständnis sowie, wo immer etwas vermeintlich schief läuft, mit Häme. Darin steckt viel Missachtung der Emotionen der Brexiteers und viel eigene Emotion.

Die britisch-türkische Schriftstellerin Elif Shafak hat unlängst in Zürich ein Plädoyer für mehr Emotionalität in der Politik gehalten. Das ist eine gefährliche Devise, denn von den sozialistischen Revolutionen bis zum Nationalsozialismus und Faschismus haben Emotionen unglaubliches Elend angerichtet. Sie sind nicht einfach gut, wenn sie Anliegen gelten, die die Betrachterin unterstützt. Sie sind daher auch in den politischen Bewegungen unserer Zeit, in Themen wie Klima, Identität und Gender, ein brandgefährlicher Ratgeber. Sie führen zu masslosen Übertreibungen, einseitigen Prioritätensetzungen, Absolutheitsansprüchen – die verirrte Richter sogar als Notwehr guteissen – und Dialogverweigerung. Politiker wie Wirtschaftsführer sollten helfen, die Emotionen in rationale Bahnen zu lenken und so auch die Grenzen des Machbaren aufzuzeigen, etwa klar zu machen, dass man nicht die Abkehr vom CO2 fordern und sich gleichzeitig

gegen den Ausbau der alternativen Energien und gegen die Kernkraft stellen kann. Dazu später noch mehr.

C. Knappheit und Überfluss

Eine zweite Ambivalenz ist jene zwischen Knappheit und Überfluss. Knappheit begleitet uns überall. Ökonomie ist die Wissenschaft der Knappheit. Für den grössten Teil der Menschheit bedeutet sie Armut, gerade genug zum Leben, aber kein bisschen mehr. Neuerdings sind wir in den reicheren Ländern mit anderen Knappheiten konfrontiert, mit unterbrochenen Lieferketten, mit Rohstoff- und Vorprodukte-Knappheiten, mit exorbitanten Preissteigerungen bei einzelnen Materialien. Die Medien schüren Panik, etwa mit der Nachricht, die Weihnachtseinkäufe könnten vielleicht nicht im üblichen Mass stattfinden, nicht wegen der knappen Mittel der Nachfrager, sondern wegen Produktions- und Lieferschwierigkeiten der Anbieter. Und sind nicht die Umwelt- und Klima-Probleme letztlich Probleme der Knappheit, der Knappheit an wirtschaftlich nutzbarem Boden sowie an Aufnahme- und Bewältigungskapazitäten des Planeten Erde? Knappheit regiert die Welt – oder zumindest die Ökonomie.

Doch wie passt zu dieser Knappheit der groteske Überfluss an Geld, also die monetäre Flutung, durch jene Institutionen, die man als Stabilitätswächter bezeichnet? Null- oder Negativzinsen sind ein Ausfluss davon. Es gibt zwar namhafte Ökonomen, die von einer Sparschwemme sprechen und die diese – und nicht etwa die Notenbanken – für die tiefen Zinsen verantwortlich machen und die das für die neue Normalität halten. Doch so oder so: Damit gehen die Grundlagen des Wirtschaftens verloren. Wenn Konsumverzicht nicht belohnt, sondern bestraft wird, wird den Marktwirtschaften der feste Boden unter den Füßen weggezogen, kommt es zu Überinvestition und spekulativen Übertreibungen auf den Finanzmärkten. Wir wissen, dass wir alle auf einem Vulkan tanzen, dass die Börsenkurse

nicht nachhaltig sein können, und wir machen trotzdem munter weiter, weil es irgendwie an Alternativen zu fehlen scheint.

Ungewissheit auch hier: Muss die geldpolitische Zügellosigkeit nicht in Inflation münden? Ich persönlich bin überzeugt, dass das Aufflackern der Inflation nicht nur ein vorübergehendes Phänomen ist und halte es eher mit dem ehemaligen amerikanischen Finanzminister Larry Summers als mit Nobelpreisträger Paul Krugman. Die Inflation wird in den USA zwar von den über 6% im Oktober, dem höchsten Wert seit dreissig Jahren, zurückgehen, aber sie könnte bei gut 2% verharren – und auch das ist Inflation. Ich persönlich halte Knappheit für ein essentielles, ein wichtiges Prinzip, das die Grundlage nicht nur der Ökonomie, sondern auch der Ökologie und der Moral bildet. Es wäre höchste Zeit, dass die Politik, vor allem aber die Geldpolitik, sich das zu Herzen nimmt.

D. Dezentralisierung und Zentralisierung

Ambivalent ist auch der Umgang mit Zentralismus und Divergenz. Manchmal glauben wir, einheitliche Lösungen wären effizienter, dann sehen wir, wie wenig bedürfnisgerecht diese oft sind. Der neueste globale Zentralisierungs- und Vereinheitlichungsangriff ist die OECD-Minimalsteuer. Sie stellt die Schweiz vor grosse Herausforderungen. Es wird nicht einfach sein, die OECD-Vorgaben und den Fiskalföderalismus in eine liberale Balance zu bringen.

Als durchaus ambivalent empfinde ich das Ringen um Zentrum und Glieder in Europa. Da ist das Bestreben, die EU nicht nur als lose Konstruktion zu gestalten, sondern in Richtung eines Bundesstaates zu entwickeln. Da man dabei zu wenig Rücksicht auf die Unterschiede der Interessen und Befindlichkeiten nimmt, hat eben dieser Drang zur Zentralisierung dazu geführt, dass sich einer der militärisch, politisch, wissenschaftlich, kulturell und wirtschaftlich wichtigsten Staaten Europas von der EU abgewandt hat. Die Schweiz kämpft mit dem

gleichen Brüsseler Dogmatismus. Er ist Tatsache. Aber besteht Hoffnung auf etwas mehr souveräne Grosszügigkeit? Für den Philosophen Peter Sloterdijk hat die Sturheit der EU damit zu tun, dass sie weitgehend ein Projekt gedemütigter Staaten ist, die Niederlagen erlitten, Kolonialreiche verloren und als Satellitenstaaten jahrzehntelang Fremdherrschaft erfahren haben. Diese Gemütslage verspricht für jene, die gerne ohne Dünkel selbstbewusst ihren eigenen Weg gehen möchten, nicht viel Gutes. Dabei verdankt Europa seine Erfolge in Wirtschaft und Wissenschaft (die es neben den Katastrophen zum Glück auch gab) seiner Vielfalt, dem Wettbewerb – zunächst und oft von Kleinstaaten (man denke an Italien und Deutschland), später dann von Nationalstaaten.

Hier ist ein Wort zum Verhältnis der Schweiz zur EU angebracht. Dieses Jahr brachte dank dem Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen endlich etwas Klarheit. Oder doch nicht? Auch hier Ambivalenz. In Gesprächen mit Wirtschaftsführern spüre ich, dass viele – nicht alle – wissen, dass das von ihnen geschätzte schweizerische System, diese nach innen wie aussen letzte Bastion gegen fortschreitenden Zentralismus, mit dem Konstrukt der EU nicht kompatibel ist. Gleichzeitig möchten sie aber am Binnenmarkt teilhaben. Doch diese im beidseitigen Interesse liegende Teilhabe wird nur zu den Bedingungen der EU zu haben sein – und diese Bedingungen würden den Kern des Systems Schweiz aushöhlen. Die Schweiz und ihre Unternehmen sollten daher mittelfristig ein neues, intaktes Verhältnis zur EU anstreben, das nicht umfassender sein sollte als der Status quo, sondern bescheidener und realistischer.

Dieser bescheidene Bilateralismus wird zwar noch auf sich warten lassen, weil die EU sich aus ihrem Schmollwinkel herausbewegen und das Korsett der Selbstschädigung ablegen muss. Auf so viel Vernunft darf man aber hoffen. Ich denke dann an folgende Elemente:

- möglichst freier Zugang zum Binnenmarkt, nicht unbedingt Teilhabe – Freihandel statt Integration lautet die Devise;

- einzelne Abkommen, die in gegenseitigem Interesse liegen, aber nicht mehr unbedingt ein Paket von über 100 Abkommen;
- Beschränkung dieser Abkommen auf solche, die nicht mit dem EuGH und seinem Auftrag zur Vertiefung des Binnenmarktes in Konflikt geraten, also technische Vereinbarungen wie die gegenseitige Information über die Belastung der Stromnetze;
- autonomer Nachvollzug von Regeln, für die sich helvetischer Perfektionismus und Partikularismus nicht lohnt;
- allenfalls Akzeptanz der indirekten Unterstellung unter den EuGH in wenigen Fragen, die der Schweiz sehr wichtig sind;
- Beteiligung an finanziellen Aufwendungen für die Stabilität des Kontinents, also Kohäsionszahlungen aus freien Stücken, nicht als Eintrittspreis für den Binnenmarkt oder Gegenleistung für andere Abkommen – sonst fangen wir an, für alles zu zahlen;
- Und vor allem: innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, Konzentration auf wenige, griffige Regulierungen und Abbau eigener Handelshemmnisse zur Stärkung der Standortqualität.

Non-Zentralismus, also Föderalismus und halbdirekte Demokratie, ist das Grundprinzip einer marktwirtschaftlichen, offenen Ordnung. Das einzusehen und danach zu leben gehört zur DNA der Schweiz.

E. Eliten und Basis

Zu den Ambivalenzen politischer Machtausübung und -delegation zähle ich die in Wirtschaftskreisen verbreitete, nun aber auch andere Bereiche der Gesellschaft erfassende Verführung durch autoritäre Regime. Die Pandemie lässt hierarchische Regime (nicht nur Singapur oder Taiwan, sondern auch China) im Urteil vieler wegen ihrer Schlagkraft in der Pandemiebekämpfung attraktiv erscheinen. Der linker Sympathien unverdächtige Konrad Hummler schrieb Anfang Jahr anerkennend «...nicht zuletzt in Coronazeiten haben die Chinesen ... bewiesen, dass sie die Steuerung sozialer Prozesse beherrschen, derweil wir uns mit der zweiten und dritten Welle der

aus Wuhan stammenden Krankheit herumschlagen». Nun ist es schon die fünfte Welle. Damit verwandt ist eine zunehmende Bewunderung für führungsstarke Regierungen oder Politiker, die weit ins Bürgertum hinein reicht. Gerade in Wirtschaftskreisen, die sonst den Staat eher klein halten möchten, findet man diesen Hang. Ich staune oft, wie viele gar nicht links oder grün angehauchte Freunde ob des angeblich führungsstarken und souveränen Auftritts von Bundesrat Berset in der Pandemiepolitik ins Schwärmen geraten.

Doch so sehr Macht zu den Staaten verschoben wurde (der Chefredaktor der NZZ sprach von Seuchensozialismus), so sehr wurden deren Schwächen sichtbar. Sie hatten, obwohl Pandemien zu den wahrscheinlicheren Krisenszenarien zählten, nirgends gut vorgesorgt, sie fuhren meist einen Zickzack-Kurs, gaben sich im Auftritt zu selbstsicher, stellten manchmal wider besseres Wissen Behauptungen auf, die sie später korrigieren mussten und verloren viel von ihrer Glaubwürdigkeit. Zeitgleich waren es private Unternehmen, nicht Staaten, die in kürzester Zeit Impfstoffe aus dem Boden stampften. Es verlangt schon ziemliche Verblendung, in einem solchen Umfeld die Forderung aufzustellen, man solle die Novartis-Tochter Sandoz verstaatlichen. Die SP Schweiz besitzt diese Chuzpe.

Ambivalent sind generell die Erfahrungen mit der Demokratie. Das Regieren aus der Mitte heraus, das Deutschland seit sechzehn Jahren praktiziert, führt dazu, dass mehr verwaltet als gestaltet wird. Dass es mit einer Ampelkoalition, die extreme politische Gegensätze überspannen muss, wesentlich besser wird, muss zumindest bezweifelt werden. Generell scheint bei vielen Politikern der Machtinstinkt, den es braucht, um Wahlen zu gewinnen, dann bestenfalls noch zu reichen, um die Macht zu erhalten, nicht aber, um sie für eine überzeugende politische Führung zu nutzen. Bestes Beispiel ist der ehemalige österreichische Bundeskanzler. Das Buhlen um die Mitte, der Kompromiss als Position statt des Kompromisses

zwischen Positionen, führt nicht zu einem breit getragenen Konsens, sondern zu gar keinen oder bestenfalls zu profillosen Lösungen.

Ferner beobachten wir in vielen Demokratien einerseits zunehmend Kritik an denen da oben, den Eliten, der *classe politique*. Andererseits folgen sehr inkonsistent und widersprüchlich gerade jene, die sich über die Arroganz derer in Washington, Berlin oder Bern empören, oft veritablen Rattenfängern, Populisten von rechts oder links, die vorgeben, die Menschen an der Basis zu vertreten, die aber meist weder dieser Basis angehören, noch sich am Ende des Tages wirklich mit dieser gemein machen. Lichtfiguren gibt es kaum mehr, und bei jenen, die am Anfang noch visionäre Strahlkraft erwarten lassen, hält der Glanz meist nicht lange. Selbst im milden Licht rückblickender Verklärung wirken die Leistungsausweise von Barack Obama und Angela Merkel nicht beeindruckend, sondern eher verheerend, denkt man an aussenpolitische Fehlentscheide, die Energiewende und die Flüchtlingspolitik. Im doppelten Sinn blendende Kommunikatoren wie Emmanuel Macron oder Sebastian Kurz sind nicht einmal mehr Hoffnungsträger, sondern zum Teil sogar im Visier der Justiz. Und wer hätte schon Joe Biden zum Präsidenten gewählt, wenn sein Gegner nicht Donald Trump gewesen wäre. Ich wünschte mir, dass man sich in den Führungsetagen der Wirtschaft immun zeigte gegen die Verführung durch den Autoritarismus und realisierte, dass Führung in der Politik anders sein darf und soll als Führung in Unternehmen.

F. Prinzipien und Anpasstheit

Ich komme am Schluss zu Gedanken, die stark mit dem Thema dieser Verwaltungsrats-Tage zu tun haben. Vermutlich werden mich danach einige von Ihnen als Dinosaurier bezeichnen. Ich kann damit leben – immerhin waren die Dinosaurier 200 Millionen Jahre die dominante Spezies dieses Planeten. Als Mann des Wortes, in den Medien, als Vortragender und -jahrzehntelang - als Lehrbeauftragter an der

Universität macht mir eine Entwicklung besondere Sorge, die der Historiker Nial Ferguson als «eine Art zivilisatorischen Selbstmord» bezeichnet. Ich meine die Woke-Ideologie, die Cancel Culture, den Druck zu politischer Korrektheit und die Verwechslung dieser sektenartigen Tendenzen mit Liberalität und Fortschritt.

Die Ambivalenz liegt darin, dass natürlich niemand wegen seiner Rasse, seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung oder seines religiösen Bekenntnisses diskriminiert werden darf und dass Respekt sowie Anstand Selbstverständlichkeiten sind, dass man aber dem überempfindlichen Zelebrierten marginaler Identitäten trotzdem nicht nachgeben sollte. Zum Glück ist die Lage in Europa und der Schweiz nicht so verheerend wie in Nordamerika, wo an den Universitäten und in den Redaktionen eigentliche Hexenjagden stattfinden, aber Meinungsfreiheit, Gesprächsbereitschaft und Toleranz sind auch bei uns gefährdet. Aus Angst vor einem Shit Storm findet Selbstzensur statt, werden Worte auf die Goldwaage gelegt, wird das Gespräch unehrlich und humorlos – ohne dass jemand damit gedient wäre.

Ähnliche Tendenzen gibt es im Umgang mit der Geschichte, und erst recht feiert die apodiktische Intoleranz in der Klimapolitik Urständ. Es geht bei der politischen Korrektheit, der Aufarbeitung der angeblich fast nur «schuldhaften» Geschichte und in der Klimabewegung um Idealismus und Moralismus – und daraus wächst meist Radikalität. Wir Älteren haben das mit der Baader-Meinhof-Gruppe und der Rote-Armee-Fraktion RAF erlebt, als intelligente junge Menschen aus meist behüteten Verhältnissen begannen, Gewalt gegen Menschen mit Notwehr wegen der Untragbarkeit der Verhältnisse zu rechtfertigen – und sie dann zu praktizieren. Weit sind wir davon nicht mehr entfernt, wenn ein Klimaaktivist in einem deutschen Nachrichtenmagazin mit Sabotagen, Zerstörungen und Verwüstungen rund ums Auto droht und sagt «Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF. Oder Klimapartisanen. Oder Sabotage for Future.»

Wie soll man den oft sicher gut gemeinten, fast immer einen wahren Kern beinhaltenden, mit der Zeit in Selbstgerechtigkeit kippenden und daher viele Hemmungen verlierenden Bewegungen begegnen? Ich meine, die Strategie muss lauten, das Grundanliegen ernst zu nehmen, sich aber vom apokalyptischen Pathos, vom Alarmpathos zu distanzieren, das leider die Klimabewegung ebenso wie die Debatten um Gender, Diversity und Identität auszeichnet, und sich erst recht von den Übertreibungen und Verirrungen in der Umsetzung zu distanzieren, von der Hate Speech, dem Meinungsdictat, den Hexenjagden, der terroristischen Radikalisierung, der Gewaltandrohung gegen Sachen und Menschen.

Darin liegt auch die Gefahr der CSR/ESG-Begeisterung. Sie verführt viele Führungskräfte in der Wirtschaft, Manager vielleicht noch etwas mehr als Eigentümer-Unternehmer, dazu, sich entweder diskret oder gar öffentlich mit den zeitgeistigen Bewegungen gemein zu machen, ohne genügend deutlich zwischen dem Kern des Anliegens und all seinen verheerenden Verirrungen zu unterscheiden. Zu viele halten das Schwimmen mit dem Zeitgeist und dem jugendlichen Idealismus, halten das Gendersternchen, Umbenennungen und eine Art Neusprech für Ausdruck ihrer Modernität. Anpassung an den Zeitgeist ist jedoch selten zukunftssträchtig, sie ist nicht modern, sondern nur modisch.

Wir werden, das ist meine Überzeugung, die Radikalisierung der diversen, meist jugendlichen Bewegungen nicht verhindern, indem wir ihnen zu sehr entgegenkommen, sondern allein mit klaren Grenzen. Marktwirtschaft und Demokratie gehören nicht auf den Misthaufen der Geschichte, sie haben sich mit all ihren Schwächen doch bewährt, und wir rasen nicht auf den Abgrund zu. Ich bin mir bewusst, wie schwierig es ist, hier klug zu navigieren, sich den Sorgen nicht zu verschliessen, zugleich aber nicht zu weit zu gehen, die Anliegen ernst zu nehmen, ihnen aber nicht in allem nachzugeben. Schlechte Politik vermeidet unpopuläre Entscheide und hofft, so

Mehrheiten zu gewinnen oder zu halten. Gute Politik versucht, den Zeitgeist mit zu prägen und kämpft um Mehrheiten für Vernunft und Nüchternheit. Schlechte Unternehmensführung schießt auf den Applaus der veröffentlichten Meinung, die sich oft mit jener der Belegschaft deckt. Gute Unternehmensführung setzt auf Konsistenz und Kontinuität der Werte und nimmt in Kauf, dass sie nicht überall auf Gegenliebe stößt. Wir müssen aufpassen, dass der Zeitgeist nicht gefällige, stromlinienförmige Führungskräfte ohne Ecken und Kanten, ohne inneren Kompass produziert. Ich schliesse mit einem Zitat des griechisch-römischen Stoikers Epiktet, der sagte: „Nicht die Dinge selbst beunruhigen die Menschen, sondern die Meinungen und die Urteile über die Dinge.“ Ich würde das dahingehend abwandeln, dass einem die Dinge – Klimawandel, Diskriminierung, geschichtliche Verfehlungen – sehr wohl beunruhigen sollten, aber die oft unreifen, unrealistischen und intoleranten Urteile über sie nicht minder.